

A	STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE.....	3
A.1	Landratsamt Emmendingen – Bauleitplanung	3
A.2	Landratsamt Emmendingen – Naturschutz	3
A.3	Landratsamt Emmendingen – Wasserwirtschaft, Bodenschutz, Altlasten	3
A.4	Landratsamt Emmendingen – Straßenbau	4
A.5	Landratsamt Emmendingen – Gesundheit	4
A.6	Landratsamt Emmendingen – Landwirtschaft	5
A.7	Landratsamt Emmendingen – Kommunale Abfallwirtschaft	5
A.8	Landratsamt Emmendingen – Denkmalschutz	5
A.9	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz.....	5
A.10	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 9 Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	6
A.11	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 83 Waldpolitik und Körperschaftsforstdirektion	7
A.12	Regierungspräsidium Stuttgart – Ref. 16 Kampfmittelbeseitigungsdienst.....	8
A.13	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege	9
A.14	Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein.....	10
A.15	terraneis bw GmbH	11
A.16	Vodafone West GmbH	12
A.17	PLEdoc GmbH	12
B	KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	14
B.1	Landratsamt Emmendingen – Gewerbeaufsicht und Immissionsschutz	14
B.2	Landratsamt Emmendingen – Abfallrecht.....	14
B.3	Landratsamt Emmendingen – Flurneuordnung	14
B.4	Landratsamt Emmendingen – Forstliche Belange	14
B.5	Landratsamt Emmendingen – Öffentliche Ordnung - Friedhofswesen.....	14
B.6	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 4 Straßenwesen und Verkehr	14
B.7	Regionalverband Südlicher Oberrhein.....	14
B.8	badenovaNETZE GmbH	14
B.9	Netze BW GmbH.....	14
B.10	ED Netze GmbH	14
B.11	TransnetBW GmbH.....	14
B.12	Amprion GmbH	14
B.13	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	14
B.14	Vermögen und Bau Baden-Württemberg	14
B.15	Stadt Kenzingen.....	14
B.16	Verwaltungsgemeinschaft Waldkirch, Gutach im Breisgau und Simonswald	14
B.17	Gemeinde Gutach im Breisgau	14
B.18	Naturschutzbeauftragter LKR Emmendingen	14
B.19	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 8 Forstdirektion	14
B.20	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 5 Umwelt.....	14
B.21	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 52 Gewässer und Boden	14
B.22	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 47.1 Straßenplanung	14
B.23	Handelsverband Südbaden e.V.	14
B.24	Handwerkskammer Freiburg.....	15

B.25	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	15
B.26	Deutsche Telekom Technik GmbH	15
B.27	Landesnaturschutzverband BW	15
B.28	Polizeipräsidium Freiburg	15
B.29	Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband e.V.	15
B.30	BUND e.V.	15
B.31	Abwasserzweckverband Untere Elz	15
C	PRIVATE STELLUNGNAHMEN AUS DER ÖFFENTLICHKEIT	16

A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.1	Landratsamt Emmendingen – Bauleitplanung (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)	
A.1.1	Planunterlagen, Allgemeines Eine Stellungnahme des Landratsamtes Emmendingen zum Bauplanungsrecht entfällt, da die Zuständigkeit für die vorbereitende Bauleitplanung bei der Großen Kreisstadt Emmendingen liegt. Bitte übersenden Sie uns eine Fertigung des geänderten Flächennutzungsplanes zur Kenntnis.	Dies wird berücksichtigt. Es wird eine Fertigung des geänderten Flächennutzungsplanes zur Kenntnis nach Verfahrensabschluss übersandt.
A.2	Landratsamt Emmendingen – Naturschutz (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)	
A.2.1	Im Rahmen einer Änderung des Flächennutzungsplanes soll in Freiamt eine ca. 0,32 ha große Fläche für die Feuerwehr neu ausgewiesen werden. Zu den Unterlagen gehört ein „Flächensteckbrief“ (Stand: 09.05.2023) sowie ein „Scoping-Papier: Umweltsteckbrief“ (Stand: 14.02.2023), in dem die naturschutzfachlichen und -rechtlichen Belange kurz dargestellt werden. Parallel hierzu läuft bereits das Bebauungsplanverfahren. Schutzgebiete sind von der Planung nicht betroffen. Zur Beurteilung der artenschutzrechtlichen Belange reicht der im Umweltsteckbrief vorgesehene bzw. beschriebene Untersuchungsumfang aufgrund der Strukturarmut und der momentanen Nutzung der relativ kleinen Fläche aus. Die Bilanzierung des Eingriffs (einschl. der Darstellung von Kompensationsmaßnahmen) ist im Bebauungsplanverfahren zu erstellen. Aus naturschutzfachlichen und -rechtlichen Gründen steht der FNP-Änderung daher nichts entgegen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.3	Landratsamt Emmendingen – Wasserwirtschaft, Bodenschutz, Altlasten (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)	
A.3.1	Oberflächengewässer: Keine Bedenken oder Anregungen auf Ebene des Flächennutzungsplans.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.3.2	Grundwasser: Keine grundsätzlichen Bedenken.	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Das Plangebiet der punktuelleren Änderung befindet sich außerhalb eines festgesetzten Wasserschutzgebiets. Vorgaben und Hinweise erfolgen über die Stellungnahme zum Bebauungsplanverfahren.	
A.3.3	Abwasser: Keine Bedenken oder Anregungen auf Ebene des Flächennutzungsplans.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.3.4	Wasserversorgung: Keine Bedenken und Anregungen	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.3.5	Altlasten und Bodenschutz: Keine grundsätzlichen Bedenken. Weitergehende Vorgaben und Hinweise ergehen im Bebauungsplanverfahren. Altlasten-, Altlastenverdachtsflächen sind für das Bebauungsplangebiet nicht bekannt (Bodenschutz- und Altlastenkataster, Stand 31.12.2015).	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.4	Landratsamt Emmendingen – Straßenbau (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)	
A.4.1	Von Seiten des Straßenbauamtes werden zum o.g. FNP keine Bedenken geäußert. Die konkrete Erschließung des Plangebietes wird im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens abgestimmt.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.5	Landratsamt Emmendingen – Gesundheit (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)	
A.5.1	Auf die Stellungnahme im Rahmen der frz. Beteiligung des BPlanverfahrens wird hingewiesen. Gem. Planunterlagen (Umweltsteckbrief, S. 2, Pkt. 3.2 „Schutzgebiete im näheren Umfeld des B-Plangebiets“), weisen wir auf die Nähe zum Wasserschutzgebiet TB „Kurhaus“ und „Meiselewald“ (Zone III/IIIA) sowie auf die unmittelbare Nähe zum „Moosbach“ hin. Hierzu verweisen wir auf die fachliche Zuständigkeit der Unteren Wasserbehörde, hinsichtlich der Schutzgebietsbestimmungen sowie der grundwasserrelevanten Belange. Zudem setzen wir voraus, dass die Versorgungssicherheit mit Trinkwasser aus der öffentlichen Wasserversorgung dauerhaft gewährleistet ist.	Dies wird im Rahmen der planerischen Abschichtung im Bebauungsplan berücksichtigt.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.6	Landratsamt Emmendingen – Landwirtschaft (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)	
A.6.1	Bei der vom Planvorhaben betroffenen Fläche handelt es sich um eine gute Ackerfläche innerhalb der landwirtschaftlichen Vorbehaltsflur, die der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten werden sollte. Aufgrund der nachvollziehbaren Standortvorteile für die geplante Nutzung als Feuerwehrstandort und der relativ geringen Flächengröße stellen wir unsere Bedenken zurück.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.7	Landratsamt Emmendingen – Kommunale Abfallwirtschaft (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)	
A.7.1	Zum o.g. Vorhaben des VVG Emmendingen-Freiamt-Malterdingen-Sexau-Teningen weist der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Emmendingen auf die Belange der Abfallwirtschaft hin: Belange der Abfallwirtschaft <u>Erdaushub:</u> Nach den Regelungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) gelten der Grundsatz der Abfallvermeidung sowie die Rangfolge der Verwertung von Abfällen vor deren Beseitigung. Für nicht verwendbare Aushubmassen sollen entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten eingeplant werden. Diese Vorgaben sind im Verfahren der Bauleitplanung entsprechend zu berücksichtigen. Verwertungsmöglichkeiten bestehen insbesondere im Landschaftsbau, in Auffüllmaßnahmen oder beim Einbau in technische Bauwerke.	Dies wird im Rahmen der planerischen Abschichtung im Bebauungsplan berücksichtigt.
A.8	Landratsamt Emmendingen – Denkmalschutz (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)	
A.8.1	Aus Sicht der unteren Denkmalschutzbehörde bestehen gegen die vorliegende Planung keine Bedenken. Die Belange des Denkmalschutzes sind berücksichtigt.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.9	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz (Schreiben vom 22.02.2024)	
A.9.1	Der Bedarf und die Standortwahl für den geplanten Feuerwehrstandort sind plausibel dargelegt. Aus raumordnerischer Sicht bestehen keine Anregungen oder Bedenken.	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.10	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 9 Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 08.02.2024)	
A.10.1	Geotechnik Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können unter http://maps.lgrb-bw.de/ abgerufen werden. Ingenieurgeologische Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen (z. B. Bebauungspläne) beurteilt, wenn Art und Umfang der Eingriffe in den Untergrund näher bekannt sind. Eine Gefahrenhinweiskarte (insbesondere bezüglich eventueller Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) kann, nach vorheriger - für Kommunen und alle übrigen Träger Öffentlicher Belange gebührenfreier - Registrierung, unter http://geogefahren.lgrb-bw.de/ abgerufen werden.	Dies wird im Rahmen der planerischen Abschichtung im Bebauungsplan berücksichtigt.
A.10.2	Boden Die lokalen bodenkundlichen Verhältnisse sowie Bewertungen der Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) können unter https://maps.lgrb-bw.de/ in Form der BK50 abgerufen werden. Generell ist bei Planungsvorhaben entsprechend § 2 Abs. 1 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) auf den sparsamen und schonenden Umgang mit Boden zu achten. Dies beinhaltet u. a. die bevorzugte Inanspruchnahme von weniger wertvollen Böden. Ergänzend dazu sollten Moore und Anmoore (u. a. als klimarelevante Kohlenstoffspeicher) sowie andere Böden mit besonderer Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (vgl. LGRBwissen, Bodenbewertung – Archivfunktion, https://lgrbwissen.lgrb-bw.de/) bei Planvorhaben aufgrund ihrer besonderen Schutzwürdigkeit möglichst nicht in Anspruch genommen werden. Bodenkundliche Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen, wie z. B. Bebauungspläne, beurteilt, wenn Informationen zu Art und Umfang der Eingriffe vorliegen.	Dies wird im Rahmen der planerischen Abschichtung im Bebauungsplan berücksichtigt.
A.10.3	Mineralische Rohstoffe Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.10.4	Grundwasser Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange von Seiten der Landeshydrogeologie und -geothermie (Referat 94) keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder hydrogeologischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros. Aktuell findet im Plangebiet keine hydrogeologische Bearbeitung durch das LGRB statt.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.10.5	Bergbau Bergbehördliche Belange werden von der Planung nicht berührt.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.10.6	Geotopschutz Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.10.7	Allgemeine Hinweise Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (https://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse https://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop- Kataster) abgerufen werden kann.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.11	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 83 Waldpolitik und Körperschaftsforstdirektion (Schreiben vom 19.01.2024)	
A.11.1	Im Geltungsbereich der punktuellen Änderung des Flächennutzungsplans der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Emmendingen - Freiamt - Malterdingen - Sexau - Teningen liegt kein Wald im Sinne von § 2 LWaldG. Eine indirekte Betroffenheit (Waldabstand, Ausgleichsmaßnahmen) von Waldflächen	Dies wird zur Kenntnis genommen. Von einer weiteren Verfahrensbeteiligung wird abgesehen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	ist ebenfalls nicht erkennbar. Sollten weitere Planungen und Umsetzungen die geltenden forstlichen Rechtsgrundlagen betreffen, sind die Forstbehörden entsprechend zu unterrichten und anzuhören. Vor diesem Hintergrund, sind nach unserem aktuellen Kenntnisstand forstrechtliche/-fachliche Belange von dem im Betreff bezeichneten Bauleitplanverfahren nicht berührt. Eine weitere Verfahrensbeteiligung ist nicht erforderlich.	
A.12	Regierungspräsidium Stuttgart – Ref. 16 Kampfmittelbeseitigungsdienst (Schreiben vom 22.01.2024)	
A.12.1	Damit wir für Sie tätig werden können, bitten wir Sie den beigefügten Antrag auszufüllen, zu unterschreiben und mit Lageplänen an uns zurückzusenden. Aufgrund der ausgedehnten Kampfhandlungen und Bombardierungen, die während des 2. Weltkrieges stattfanden, ist es ratsam, im Vorfeld von jeglichen Bau(Planungs-)verfahren eine Gefahrenverdachtserforschung in Form einer Auswertung von Luftbildern der Alliierten durchzuführen. Alle nicht vorab untersuchten Bauflächen sind daher als potentielle Kampfmittelverdachtsflächen einzustufen. Seit dem 02.01.2008 kann der Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg allerdings Luftbildauswertungen für Dritte, zur Beurteilung möglicher Kampfmittelbelastungen von Grundstücken auf vertraglicher Basis nur noch kostenpflichtig durchführen. Diese Auswertung kann bei uns mittels eines Vordrucks beantragt werden. Die dafür benötigten Formulare können auch unter www.rp-stuttgart.de (->Service->Formulare und Merkblätter) gefunden werden. Bitte beachten Sie hierzu auch den Anhang. Die momentane Bearbeitungszeit hierfür beträgt zur Zeit mind. 55 Wochen ab Auftragseingang. Eine Abweichung von der angegebenen Bearbeitungszeit ist nur in dringenden Fällen (Gefahr in Verzug) möglich. Bitte sehen Sie von Nachfragen diesbezüglich ab. Weiterhin weisen wir bereits jetzt darauf hin, dass sich aufgrund der VwV-	Dies wird erforderlichenfalls im Rahmen der planerischen Absichtung im Zuge der Genehmigungsplanung und der Ausführungsplanung berücksichtigt.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Kampfmittelbeseitigungsdienst des Innenministeriums Baden-Württemberg vom 31.08.2013 (GABl. S. 342) die Aufgaben des Kampfmittelbeseitigungsdienstes Baden-Württemberg auf die Entschärfung, den Transport und die Vernichtung von Kampfmitteln beschränken. Die Beratung von Grundstückseigentümern sowie die Suche nach und die Bergung von Kampfmitteln kann vom Kampfmittelbeseitigungsdienst nur im Rahmen seiner Kapazität gegen vollständige Kostenerstattung übernommen werden. Soweit der Kampfmittelbeseitigungsdienst nicht tätig werden kann, sind für diese Aufgaben gewerbliche Unternehmen zu beauftragen.	
A.13	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege (Schreiben vom 14.02.2024)	
A.13.1	Seitens der archäologischen Denkmalpflege bestehen keine Anregungen, wir bitten jedoch, folgenden Hinweis auf die Regelungen der §§ 20 und 27 DSchG in die Planungsunterlagen aufzunehmen: Sollten bei der Durchführung der Maßnahme archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind gemäß § 20 DSchG Denkmalbehörde(n) oder Gemeinde umgehend zu benachrichtigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, bzw. auffällige Erdverfärbungen) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 84.2 - Operative Archäologie (E-Mail: abteilung8@rps.bwl.de) mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gem. § 27 DSchG wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen.	Dies wird berücksichtigt. Es wird ein Hinweis zum Denkmalschutz im Flächensteckbrief aufgenommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.14	Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein (Schreiben vom 15.02.2024)	
	Von Seiten der IHK Südlicher Oberrhein ist zur Planung - zu beiden Vorentwürfen gemeinsam - derzeit Folgendes zu äußern:	
A.14.1	Die Gemeinde Freiamt möchte ihre beiden bisherigen Feuerwehr(einsatz)standorte an einem neuen Standort konzentrieren, um mit neuer moderner Infrastruktur nach heutigen technischen und rechtlichen Maßstäben die Schlagkraft der Wehr und die Effizienz im Betriebsablauf der Feuerwehr zu erhöhen. Das aktuell angedachte Plangebiet für das neue Feuerwehrgerätehaus (mit 21 m hohem Schlauchturm) liegt auf Gemarkung Mußbach, unmittelbar an der Kreisstraße K 5113 sowie deutlich außerhalb des eigentlichen Siedlungsbereiches des Ortes im Außenbereich. Das Areal umfasst eine Fläche von ca. 0,32 ha Größe. Für die Realisierung des Vorhabens ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich. Beide Planvorentwürfe liegen nun parallel vor. Zum Vorhaben an sich sind selbstverständlich keine grundsätzlichen Bedenken zu äußern.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.14.2	Zum aktuell vorgesehenen Standort möchten wir jedoch Folgendes anmerken: Die Gemeinde Freiamt wirbt für sich als „familienfreundlicher Erholungsort“, welcher „idyllisch in Wiesen und Wälder eingebettet“ sei. Für Wanderer und Erholungssuchende sei die Gemeinde ein beliebtes Ausflugsziel. Dem kann ohne Weiteres zugestimmt werden. Im Gemeindegebiet sind jedoch deutliche Zersiedlungstendenzen erkennbar, welche diesem, auch touristisch bedeutsamen Potenzial entgegenwirken. Der aktuell geplante Standort würde u.E. diese Tendenzen weiter verstärken. Wir möchten daher empfehlen, die Auswahl potenzieller Standorte wesentlich stärker auf eine Innenentwicklung auszurichten, wie es eigentlich auch vom BauGB vorgegeben ist (s. dort bspw. § 1 Abs. 5 sowie § 1a Abs. 2). Dies hätte gleichzeitig den Vorteil, dass solche Standorte in der	Dies wird nicht berücksichtigt. Die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung werden in der punktuellen Flächennutzungsplanänderung plausibel und nachvollziehbar dargestellt, was vom Regierungspräsidium Freiburg - Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz - mit Schreiben vom 22.02.2024 bestätigt wurde. Ebenfalls hat der Regionalverband Südlicher Oberrhein mit Schreiben vom 07.02.2024 die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung als plausibel und nachvollziehbar eingestuft. Insofern wird die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung in der Begründung nicht ergänzt. Ferner ist zu erwähnen, dass die Gemeinde Freiamt eine historisch gewachsene Streusiedlung ist und diese Tatsache demzufolge ein wesentliches Siedlungsmerkmal der Gemeinde Freiamt darstellt.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Regel per se „landschafts- und landschaftsbildschonender“ wären.	
A.14.3	In Kap. 3 Standortalternativen zur FNP-Begründung wird wohl bereits eine geringfügige Distanz zum bestehenden Übungsplatz der Feuerwehr als KO-Kriterium gewertet und führt so zum unmittelbaren Ausschluss. Damit würden, wie dort auf S. 5 dargelegt, wohl jedoch gleich mehrere siedlungsintegrierte oder -nahe Standorte entfallen, die zudem ggf. sogar verfügbar wären. Die im Text kurz erwähnten entsprechenden Standorte liegen zum Teil noch in fußläufiger Entfernung zum Übungsplatz. Ohnehin könnte der erforderliche Übungsplatz bzw. die Infrastruktur für die Jugendwehr jedoch auch in den neuen Feuerwehrstandort integriert werden.	Dies wird nicht berücksichtigt. Die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung werden in der punktuellen Flächennutzungsplanänderung plausibel und nachvollziehbar dargelegt, was vom Regierungspräsidium Freiburg - Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz - mit Schreiben vom 22.02.2024 bestätigt wurde. Ebenfalls hat der Regionalverband Südlicher Oberrhein mit Schreiben vom 07.02.2024 die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung als plausibel und nachvollziehbar eingestuft. Insofern wird die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung in der Begründung nicht ergänzt.
A.14.4	Hinsichtlich weiterer potenzieller Standorte in anderen Ortsteilen möchten wir die Frage stellen, ob es nicht ggf. Sinn machen würde, den Standort im größten Ortsteil Ottoschwanden mit den meisten Einwohnern zu realisieren, bspw. gegenüber dem (wohl nicht möglichen) Standort 2, nördlich der Firma Reinbold (bislang Teil einer W-Fläche)?	Dies wird nicht berücksichtigt. Die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung werden in der punktuellen Flächennutzungsplanänderung plausibel und nachvollziehbar dargelegt, was vom Regierungspräsidium Freiburg - Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz - mit Schreiben vom 22.02.2024 bestätigt wurde. Ebenfalls hat der Regionalverband Südlicher Oberrhein mit Schreiben vom 07.02.2024 die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung als plausibel und nachvollziehbar eingestuft. Insofern wird die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung in der Begründung nicht ergänzt.
A.14.5	Angeregt wird, für alle grundsätzlich in Frage kommenden Standorte dieselben Eignungskriterien anzuwenden und sie dann - bspw. in tabellarischer Form - gegenüberzustellen. So wäre eine unmittelbare Vergleichbarkeit und somit bessere Nachvollziehbarkeit zur Standortentscheidung gegeben.	Dies wird nicht berücksichtigt. Die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung werden in der punktuellen Flächennutzungsplanänderung plausibel und nachvollziehbar dargelegt, was vom Regierungspräsidium Freiburg - Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz - mit Schreiben vom 22.02.2024 bestätigt wurde. Ebenfalls hat der Regionalverband Südlicher Oberrhein mit Schreiben vom 07.02.2024 die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung als plausibel und nachvollziehbar eingestuft. Insofern wird die Standortwahl und die Standortalternativenprüfung in der Begründung nicht ergänzt.
A.15	terranets bw GmbH (Schreiben vom 22.01.2024)	
A.15.1	Wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten Änderung des Flächennutzungsplans und teilen Ihnen mit, dass Leitungen und Anlagen unseres	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Unternehmens von den Änderungen (gilt nur für rot markierte Bereiche) nicht betroffen sind. Im räumlichen Geltungsbereich des gesamten Flächennutzungsplans liegen Anlagen der terranets bw GmbH. Sollten der räumliche Geltungsbereich geändert werden und sonstige Auswirkungen auf die Anlagen der terranets bw GmbH nicht auszuschließen sein, bitten wir um erneute Beteiligung.	
A.16	Vodafone West GmbH (Schreiben vom 15.02.2024)	
A.16.1	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone-Gesellschaft(en) gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.17	PLEdoc GmbH (Schreiben vom 22.01.2024)	
A.17.1	Wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden: • OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen • Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen • Uniper Energy Storage GmbH, Düsseldorf: Erdgasspeicher Epe, Eschenfelden, Krummhörn	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.17.2	Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im	Dies wird im Rahmen der planerischen Abschichtung im Bebauungsplan berücksichtigt.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden. Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren. Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht. <u>Achtung:</u> Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.	

B KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

B.1	Landratsamt Emmendingen – Gewerbeaufsicht und Immissionsschutz (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)
B.2	Landratsamt Emmendingen – Abfallrecht (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)
B.3	Landratsamt Emmendingen – Flurneuordnung (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)
B.4	Landratsamt Emmendingen – Forstliche Belange (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)
B.5	Landratsamt Emmendingen – Öffentliche Ordnung - Friedhofswesen (gemeinsames Schreiben vom 23.02.2024)
B.6	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 4 Straßenwesen und Verkehr (Schreiben vom 22.02.2024)
B.7	Regionalverband Südlicher Oberrhein (Schreiben vom 07.02.2024)
B.8	badenovaNETZE GmbH (Schreiben vom 08.02.2024)
B.9	Netze BW GmbH (Schreiben vom 22.01.2024)
B.10	ED Netze GmbH (Schreiben vom 25.01.2024)
B.11	TransnetBW GmbH (Schreiben vom 26.01.2024) – keine weitere Beteiligung
B.12	Amprion GmbH (Schreiben vom 22.01.2024)
B.13	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (Schreiben vom 19.01.2024)
B.14	Vermögen und Bau Baden-Württemberg (Schreiben vom 19.01.2024)
B.15	Stadt Kenzingen (Schreiben vom 30.01.2024)
B.16	Verwaltungsgemeinschaft Waldkirch, Gutach im Breisgau und Simonswald (Schreiben vom 22.01.2024)
B.17	Gemeinde Gutach im Breisgau (Schreiben vom 29.01.2024)
B.18	Naturschutzbeauftragter LKR Emmendingen
B.19	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 8 Forstdirektion
B.20	Regierungspräsidium Freiburg – Abt. 5 Umwelt
B.21	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 52 Gewässer und Boden
B.22	Regierungspräsidium Freiburg – Ref. 47.1 Straßenplanung
B.23	Handelsverband Südbaden e.V.

B.24	Handwerkskammer Freiburg
B.25	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
B.26	Deutsche Telekom Technik GmbH
B.27	Landesnatuschutzverband BW
B.28	Polizeipräsidium Freiburg
B.29	Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband e.V.
B.30	BUND e.V.
B.31	Abwasserzweckverband Untere Elz

C PRIVATE STELLUNGNAHMEN AUS DER ÖFFENTLICHKEIT

Private Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit sind nicht eingegangen.